



Medienmitteilung

Eine gemeinsame Absage zur „Hornkuhinitiative“

In einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärten Vertreter mehrerer landwirtschaftlicher Fachverbände und Nationalräte verschiedener politischer Parteien, warum sie sich gegen die Initiative „für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuhinitiative)“ wehren. Sie forderten das Schweizer Volk und die Kantone auf, diesen Text am 25. November abzulehnen.

Obwohl das Thema auf den ersten Blick sympathisch wirkt, würden sich aus der Annahme der am 25. November zur Abstimmung gestellten Verfassungsänderung mehrere Unstimmigkeiten ergeben. Diese Probleme wurden von den verschiedenen Referenten auf der Pressekonferenz vorgestellt und weiterentwickelt. Dazu gehören folgende Punkte:

- Der neue Beitrag würde bestimmte landwirtschaftliche Praktiken unterstützen, die für die Sicherheit von Landwirten und Tieren, die eine Priorität sein muss, gefährlich sind.
- Die Unterstützung für horntragende Tiere würde von keiner zusätzlichen Finanzierung profitieren, und damit mit anderen agrarpolitischen Massnahmen konkurrieren.
- Der Text widerspricht einem langfristigen Trend, der will, dass durch die Selektion der Anteil der natürlich ohne Hörner geborenen Nutztiere steigt.
- Die Einführung eines Beitrags für horntragende Tiere könnte zu einer Verringerung des Anteils der Tiere führen, die im Freilauf gehalten werden. Dies würde die Absichten des Tierschutzes beeinträchtigen.
- Während Bauernfamilien regelmässig eine Verringerung des administrativen Aufwands fordern, würde die Einführung eines Beitrags für Horntiere zusätzliche Kontrollen und administrativen Aufwand bedeuten.

Bei der Ablehnung der Hornkuhinitiative, haben die Verbände und die an der Pressekonferenz vertretenen Parteien nichts dagegen, dass Landwirte sich für die Aufzucht von Kühen mit Hörnern entscheiden. Sie sind jedoch der Ansicht, dass die zusätzlichen Anstrengungen bei der Tierhaltung ohne Enthornung mit anderen Mitteln als einem in der Verfassung verankerten Beitrag unterstützt werden muss.

Bern, den 31. Oktober 2018

Auskunft:

Christine Bühler, Präsidentin SBLV, 078/818.36.11

Duri Campell, Nationalrat BDP, 079/222.03.87

Olivier Feller, Nationalrat FDP, 079/658.31.92

Mathias Gerber, Präsident Mutterkuh Schweiz, 079/358.38.19

Jacques Nicolet, Nationalrat SVP, 079/206.97.29

Laurent Tornay, Präsident AGORA, 079/244.45.44